

anderen Machtbereichen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen bereit sind zu kooperieren – Wissenschaft versteht er als einen Machtbereich von vielen.

Auf der Tagung zeigen sich verschiedene Problematisierungen: Problematisiert wird das Verhältnis von Wissenschaft und Politik (D'Estaing und Mallet) und ihre Selbststeuerung (D'Estaing), die Krise der Wissenschaft seit dem Bombenabwurf auf Hiroshima und der Vertrauensverlust der Öffentlichkeit in die Wissenschaft (Maheu) sowie die alleinige Lösungskompetenz der Wissenschaft (D'Estaing und Canguilhem). Auf welche Problematisierungen antwortet nun der MURS?

2 DER MOUVEMENT UNIVERSEL DE LA RESPONSABILITÉ SCIENTIFIQUE: LÖSUNG WOFÜR?

Dem MURS wird eine umfassende Lösungskompetenz zugeschrieben. Wie Maheu meint: »A Movement like that [...] sets out its highly desirable aims in precise terms, seems to me to meet all the requirements of the situation as well as the expectation of the public« (Maheu 1976: 577). Der MURS erscheint hier als etwas, dass »to meet all the requirements« – »alle Anforderungen erfüllen kann«. Wenn Maheu von »all« spricht, bedeutet dies, dass er dem MURS die Kompetenz zuspricht, zur Lösung der Krise beizutragen, in der sich die Wissenschaft seit dem Atombombenabwurf auf Hiroshima befindet. Darüber hinaus spricht er der Wissenschaft die Fähigkeit zu, zur Lösung des von ihm benannten Vertrauensverlustes in die Fähigkeit der Wissenschaft, Fortschritt zu sichern und der Menschheit Glück zu bringen, beizutragen. Dieser Vertrauensverlust ist nach Maheu durch eine Opposition hervorgerufen worden, die selbst von den geistigen und materiellen Errungenschaften der Wissenschaft profitiert habe (ebd.: 574). Es handelt sich hierbei m.E. um eine Anspielung auf das wissenschaftskritische Spektrum der *Science du Peuple*, das sich vor allem aus Akademikern und Akademikerinnen zusammensetzt. Möglicherweise bezieht sich Maheu auch international auf die *new critical science movement*. Maheu und auch Mallet schreiben den Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen eine außerordentliche Fähigkeit zu, der Menschheit die Wichtigkeit der Vernunft zu demonstrieren (ebd.: 576). Indem die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die sich mit dieser Position und dem MURS identifizieren, sich somit im Rahmen wissenschaftlicher Verantwortung bewegen und der Vernunft verpflichtet sind, wird die Opposition, die die Wissenschaft angreift (»onslaught« ebd.: 574), als unvernünftig und verantwortungslos gegenüber der Menschheit und der Zukunft des Planeten dargestellt. Mit dem MURS wird eine Öffnung des wissenschaftsinternen Diskurses demonstriert. Dieser wissenschaftsinterne Diskurs wird sowohl von Giscard d'Estaing als auch von Georges Canguil-

hem kritisiert. Teilnehmen sollen im MURS nicht ausschließlich Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aller Disziplinen, sondern auch Interessierte. Auch die Pflicht der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wird aufgegriffen, die sowohl von Canguilhem, Mallet und Maheu erwähnt wird. Allerdings setzt sich mit dem MURS eine Form der Pflicht durch, die darin besteht, eine informierte öffentliche Meinung zu fördern und keine Pflicht, sich mit der eigenen Machtposition auseinanderzusetzen, wie Canguilhem es für notwendig hält. Informiert werden soll über die Wohltaten und Risiken wissenschaftlicher Entwicklungen. Deren Definition soll in wissenschaftlichen Händen sein, da den Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen diese Kompetenz zugesprochen wird. In dem Konzept der wissenschaftlichen Verantwortung erscheint vor allem die Pflicht des Wissenschaftlers oder der Wissenschaftlerin, mögliche Auswirkungen wissenschaftlicher Entwicklungen zu evaluieren. Evaluiert werden sollen die Wohltaten und Risiken, die selbst definiert werden. Während auf der Tagung noch von moralischer Pflicht der Wissenschaft gesprochen wurde oder auch von moralischen Verhaltensregeln für Forscherinnen und Forscher im Kontext therapeutischer Versuche, taucht die Sprache der Moral sowohl in der Resolution als auch in dem Statut des MURS nicht mehr auf. Nicht einmal mehr in Form von »moralischen und ethischen Aspekten«, die auf Seite der Gesellschaft verortet werden, wie in der vorgestellten Diskussionsrunde zur IVF, wird die Sprache der Moral und Ethik noch sichtbar.

Dies erinnert an den Entstehungsprozess des Singer-Briefes, an seinen Entwurf und dessen Überarbeitung im Asilomar-Prozess. Die Endversion des Briefes geht an die US-amerikanische Nationale Akademie der Medizin sowie die Nationale Akademie der Wissenschaften und wird im September 1973 in dem Wissenschaftsmagazin *Science* publiziert. Gefordert wird in der Endversion des Briefes, ein Komitee zur Untersuchung der Risiken der Gentechnologie und zur Ausarbeitung von Richtlinien für die weitere gentechnologische Forschung einzurichten (Singer/Soll 1973). Während in dem Entwurf des Singer-Briefes noch von »moral and ethical issues« die Rede ist, wird in der Endversion des Briefes von Gefahren für Laborarbeiter und -arbeiterinnen gesprochen. Letztlich dominiert im Abschlussdokument der Asilomar-Konferenz die Risiko-Rahmung. Darüber hinaus erinnert der MURS an die Ethikkommission der DGRST, die ebenso im Kontext des Asilomar-Prozesses eingerichtet wurde. Ethik beinhaltet hier, die Richtlinien von Asilomar zur Risikobewertung einzuhalten. Diese Ethikkommission und die Konzeption des MURS stimmen in ihrer Aufgabe, der Risikobewertung, überein. Nur ist die übergeordnete Rahmung der Risikobewertung einmal Ethik, einmal Verantwortung, einmal ist ihr Feld Gentechnologie, einmal Biologie. Ethikkommission und Konzept des MURS stimmen auch darin überein, dass Fragen darüber, ob wissenschaftliche Entwicklungen überhaupt durchgeführt werden sollen, nicht

thematisiert werden sollen. Denn zentral soll die Diskussion von Wohltaten und Risiken wissenschaftlicher Entwicklungen sein, nicht die Entwicklung selbst. Sowohl das Infragestellen wissenschaftlicher und technischer Entwicklungen als auch ihre Steuerung sind Themen der wissenschaftskritischen *Science du Peuple*. Aus diesem Spektrum gibt es – wie im Folgenden ausgeführt wird – Reaktionen auf die Tagung an der Sorbonne und das Konzept von Verantwortung.

2.1 Technokratiekritik: »[D]ie Wissenschaft de-moralisieren«¹³

Der MURS und die internationale Tagung »Biologie und die zukünftige Entwicklung des Menschen« bleiben nicht unkritisiert. Ihnen widmet sich ein Artikel in der ersten Ausgabe der technokratiekkritischen Zeitschrift *Impascience* im Jahr 1975 (N.N. 1975c). *Impascience* ist wie *Survivre* oder *Politique Hebdo* eine der Zeitschriften, die im wissenschaftskritischen, insbesondere atomkritischen Milieu entstanden sind. Das Milieu ist von einer »intellektuellen Elite« geprägt, von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, Juristen und Juristinnen, Journalisten und Journalistinnen sowie Lehrern und Lehrerinnen (Topçu 2007: 4/Übers. S.K.). Es handelt sich m.E. hierbei um die Opposition, von der Maheu auf der Tagung an der Sorbonne spricht: Diese Opposition habe, so Maheu, selbst von den geistigen und materiellen Errungenschaften der Wissenschaft profitiert und sei die Ursache für den Vertrauensverlust in die Wissenschaft (Maheu 1976: 574). Der Artikel in *Impascience* titelt und diskutiert anhand der Sorbonne-Tagung »le «changement» de l'idéologie de la science« – »die ›Wende‹ in der Ideologie der Wissenschaft« (N.N. 1975c/Herv. i.O., Übers. S.K.). Es entwickelt sich, so die Vermutung in *Impascience*, ein neuer technokratischer Diskurs. Neben rechte, gaullistische, zentralistische Positionen traten nun Positionen, die selbstkritisch scheinen und die versuchten ihre politische Position zu sichern. Diesen Positionen habe die Universitätsreform den Weg geebnet.

Die Universitätsreform, von der hier gesprochen wird, wird nach den Ausschreitungen im Mai '68 initiiert. Sie wird parteiübergreifend unterstützt und »was seen as a means of achieving social peace« (Patterson 1972: 286). Die Reform wird mit dem nach dem damaligen Bildungsminister im Kabinett De Gaulles, Edgar Faure (*1908–†1988), genannten *Loi Faure* – Faure-Gesetz – umgesetzt. Es beinhaltet »Universitätsautonomie, Mitbestimmung aller Universitätsglieder, Pluridisziplinarität durch Auflösung der bisherigen Fakultäten sowie Einführung relativ autonomer Fachbereiche« (Doll/Taubert 2006: 579). Die Mitbestimmung ist

13 N.N. 1975c: 18/Übers. S.K..

ursprünglich paritätisch gedacht, erfährt allerdings durch bestimmte Durchführungsbestimmungen Einschränkungen (ebd.). Die Reform umfasst nicht die *Grandes Écoles*, die in Frankreich für eine Eliteausbildung stehen (Patterson 1972: 281). Erschwert wird die Umsetzung der Universitätsreform durch die staatliche Sparpolitik ab 1974. Darüber hinaus misstraut die konservative Regierung zunehmend den Neuerungen an den Universitäten und versucht, die Entwicklungen stärker zu beeinflussen (Doll/Taubert 2006: 580). Die Verknüpfung in dem Artikel aus *Impascience* zur Universitätsreform liegt insofern nahe, da Mallet, Initiator der Tagung an der Sorbonne, als Rektor der *Académie de Paris*, dem Schul- und Universitätsbezirk von Paris, an der Umsetzung der Universitätsreform beteiligt ist (Forest 1990). Ebenso beteiligt ist Michel Alliot, Präsident der Universität VII von Paris, der im Organisationskomitee der Tagung ist (Galpépine 1976a: o.S.). Auch Raymond Aron, ebenfalls im Organisationskomitee, ist zu den Reformerinnen und Reformern zu zählen. Im Kontext des Mai '68, den er als »Psychodrama« bezeichnet, äußert er sich für ein »comité de défense et de rénovation de l'université française« – »Komitee zur Verteidigung und Erneuerung der französischen Universität« (Baverez 1993: 394/Übers. S.K.).

Inwiefern nun die Universitätsreform eine neue Technokratie hervorbringt, wird in dem Artikel in der Zeitschrift *Impascience* nicht konkretisiert. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass es sich um eine Reform handelt, die im Sinn des *Impascience*-Artikels nicht elitekritisch war, da bspw. die *Grandes Écoles* von der Reform ausgenommen und die Mitbestimmungsmöglichkeiten an den Universitäten begrenzt sind. Das Konzept der Mitbestimmung oder Partizipation ist zudem seit De Gaulles Partizipationspolitik mit dem Ziel der Entpolitisierung von Konflikten negativ konnotiert (vgl. Godfrain 2000; Quet 2009: 140f). Die Haltung der *gauchistes*, der Linksradikalen, interpretiert Michelle Patterson in einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung zur Universitätsreform wie folgt: »To participate in its management, they felt, would force them to be co-opted into the bourgeois state« (Patterson 1972: 293). Sie bevorzugen es, zu protestieren und nicht zu partizipieren (ebd.). Zwar spricht Patterson nicht von der Zeitschrift *Impascience* oder dem technokratiekritischen Spektrum, sondern von den *gauchistes*, ich vermute aber, dass die Kritik eine ähnliche ist und dahin geht, die Art der Partizipationspolitik zu kritisieren.

In dem Artikel aus der Zeitschrift *Impascience* wird diese Entwicklung hin zu einem neuen technokratischen Diskurs exemplarisch anhand der Positionen von Michel Debré, René Maheu, Robert Mallet und Jean Bernard belegt. Debré, Premierminister unter Charles de Gaulle, steht für die konservative, gaullistische Position. Zitiert wird ein Beitrag von ihm aus der Tageszeitung *Le Monde* von 1974, in dem er sagt: »Savants et chercheurs sont indispensables pour développer notre

capacité industrielle« – »Gelehrte und Forscher sind unabdingbar, um unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu entwickeln« (Le Monde 28.08.1974 zit. nach N.N. 1975c). Im Kontrast dazu werden die Positionen Mallets, Bernards und Maheus als neu bezeichnet, da sie selbstkritisch scheinen, indem sie einen Vertrauensverlust in die Wissenschaft feststellen oder negative Auswirkungen der Wissenschaft thematisieren, wie Umweltverschmutzung. Es handle sich aber nicht um eine Selbstkritik, so in dem *Impascience*-Artikel, sondern um die Sicherung politischer Positionen, und zwar insofern, als unter Giscard d'Estaing Forschungsgelder gekürzt werden und es wichtig scheint, für die Forschung Anerkennung zu gewinnen. In dem Artikel werden die Tagung an der Sorbonne und die Entstehung des MURS wie folgt interpretiert:

»Meines Wissens haben niemals Intellektuelle so zynisch ihre Rolle als Wissenspolizisten [frz. scientifics, S.K.] reklamiert. Die Argumentation ist einfach: Da ja die Wissenschaft gefährlich ist, sind die Wissenschaftler verantwortlich, darum muss man ihnen also erlauben diese Verantwortung zu übernehmen, indem man sie direkt an der politischen Macht teilhaben lässt« (N.N. 1975c: 17/Übers. S.K.).

Kritisiert wird, dass Ursache und Lösung in ein und derselben Personengruppe, den Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen anhaftet. Und weiter heißt es: »Wir könnten hinter dem Lauf der Geschichte beträchtlich zurück liegen, einem Diskurs gefällig zu sein, der viel zu oft moralistisch und ich-bezogen ist: Wir müssen die Wissenschaft de-moralisieren auf die Gefahr hin, einige Wissenschaftler zu demoralisieren« (ebd.: 18/Übers. S.K.). Während im Tagungsverlauf an der Sorbonne die Sprache der Moral und der Ethik marginalisiert werden, bezeichnet *Impascience* den neuen technokratischen Diskurs gerade als moralistisch – gewissermaßen als Re-moralisierung. Dieser neue Diskurs soll mit seinem Konzept von Verantwortung durch eine De-Moralisierung angegriffen werden. Eine Re-moralisierung im Sinne des *Impascience*-Artikels kann sich allerdings nicht durchsetzen, wie noch im folgenden Kapitel (VI) gezeigt wird.

2.2 Vertrauensverlust der Öffentlichkeit – eine »natural evolution«?¹⁴

Anhand der Untersuchung der Tagung an der Sorbonne wird deutlich, dass zum ersten Mal ein Vertrauensverlust der Öffentlichkeit in die Wissenschaft festgestellt

14 Pestre 2003: 246.

wird (Maheu 1976: 574). Dieser Vertrauensverlust führte zur Krise der Selbststeuerung der Wissenschaft, so die Problematisierung. Die Lösung liegt in der Öffnung der Reflexion über wissenschaftliche und technologische Entwicklungen.

Von einem Vertrauensverlust der Öffentlichkeit in wissenschaftliche Expertise sprechen auch einige Vertreterinnen und Vertreter der STS. Aus diesem Vertrauensrückgang seien neue Formen der »public justification« der Wissenschaft hervorgegangen, insbesondere partizipative Verfahren (Jasanoff 2003: 226). Zeitlich eingeordnet wird der Vertrauensrückgang der Öffentlichkeit meist in die 1980er und 1990er Jahre, einhergehend mit der Tschernobyl-Katastrophe und der BSE-Krise (Lengwiler 2008: 194; vgl. Callon 1999: 38f; Jasanoff 2003: 223). Wie Irwin in seiner Untersuchung zu GMO-Kontroversen Ende der 1990er Jahre in Großbritannien zeigt, wird die Vertrauenskrise der Öffentlichkeit in die Wissenschaft von Politikern und Politikerinnen festgestellt. Diese sehen den Weg aus der Vertrauenskrise u.a. in Offenheit, Transparenz, Kommunikation und Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit (Irwin 2006: 307f). Irwin beobachtet eine Abkehr vom alten, technokratischen Modell der Politikberatung und die Entstehung einer neuen »politics of talk«, die sich aber gleichzeitig mit alten Annahmen des Defizitmodells verbindet (ebd.). Defizitmodell meint, dass die Öffentlichkeit »as deficient and misguided in its present lack of uptake of science« (Irwin/Wynne 1996: 154/Herv. i.O.) interpretiert wird. In Frankreich zeigt sich, dass im biologischen Diskurs ein Vertrauensverlust bereits Mitte der 1970er Jahre von forschungspolitischen Akteuren und Akteurinnen konstatiert wird. Auch hier formiert sich eine Politik des Sprechens in Form des MURS und seiner Reflexionen, eine Offenheit und die Möglichkeit der Partizipation, hier von Interessierten. Diese Interessierten werden allerdings (noch) nicht als defizitär wahrgenommen.

Auch die internationalen Bildungs- und Wissenschaftsforscherinnen und -forscher Michael Gibbons, Helga Nowotny und ihre Kolleginnen und Kollegen konstatieren in ihren Werken zur »new production of knowledge« einen Vertrauensrückgang der Öffentlichkeit in wissenschaftliche Expertise (Nowotny et al. 2003: 184; vgl. Nowotny 2003; 2008; Gibbons et al. 1994). U.a. mit dem Vertrauensrückgang der Öffentlichkeit sehen die Autorinnen und Autoren einen neuen Modus der Wissensproduktion aufkommen, den sie Modus 2 nennen. Er steht im Kontrast zum Modus 1, der im Wesentlichen als hierarchisch, disziplinär, homogen und akademisch charakterisiert wird. Merkmal von Modus 1 ist zudem eine strikte Trennung von gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. »Mode 1 problems are set and solved in a context governed by the, largely academic, interests of a specific community« (Gibbons et al. 1994: 3). Ziel von Modus 1 ist es, wissenschaftlich abgesichertes Wissen zu erzeugen. Der Übergang von Modus 1 zu 2 wird als fließend beschrieben. Modus 2, die neue Art der Wis-

sensproduktion, ist als transdisziplinär, heterogen, weniger hierarchisch und kontextabhängig gekennzeichnet. Gesellschaft, Markt und weitere Akteurinnen und Akteure sind in die Produktion des Wissens integriert. Die neue Wissensproduktion stellt sich der gesellschaftlichen Verantwortung und einer breit gefächerten Qualitätskontrolle, die somit nicht mehr innerwissenschaftlich sei. Ziel ist nicht nur sicheres, sondern gesellschaftlich robustes Wissen. Nowotny et al. gehen davon aus, dass Modus 2 durch die enge Beziehung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, Möglichkeiten der Demokratisierung von Expertise biete. Gesellschaft wird zur aktiven Partnerin im Sinne von »we all are experts now« (Nowotny 2003: 155f).

Zurück zur Tagung an der Sorbonne: Was sich hier – mit Nowotny et al. gedacht – zeigt, ist eine Öffnung der wissenschaftlichen Community im Sinne einer weniger strikten Trennung von gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteurinnen und Akteuren – es sind verschiedene Disziplinen vertreten, NGOs, Politiker und Politikerinnen. Die Diskussion ist transdisziplinär ausgerichtet, auch die Qualitätskontrolle von Wissen, versteht man den MURS als solche, steht Interessierten offen. Insofern wird die Gesellschaft als aktive Partnerin konzipiert. In dieser Hinsicht kann die Tagung als ein Schritt in den Übergang von Modus 1 zu 2 verstanden werden. Unberücksichtigt bleibt in den Werken zur neuen Wissensproduktion jedoch, und hier schließe ich mich der Kritik von Dominique Pestre an,¹⁵ dass dieser Übergangsprozess von Modus 1 zu Modus 2 schlicht festgestellt wird. Unberücksichtigt bleiben so die Konflikte, Kontroversen, die Frage, welche Alternativen in diesem Prozess zum Umgang mit dem Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft formuliert werden, welche Lösungsvorschläge es gibt und welche Lösungen letztlich dominieren (Pestre 2003: 247):

»the authors may have underestimated the extent to which these transformations have been the results of political and social *choices*. This would mean recognizing that the developments they describe are not cases of *natural evolution*, which have simply to be identified and acknowledged, but are, rather, articulated with *alternative and conflicting* social, economic, and political projects. In cruder terms, by not sufficiently stressing the oppositions and the social forces at work, these books might tend to naturalize the process of change, and thus deprive social actors of the tools needed for criticism and the construction of alternative ways of managing society and science« (ebd.: 246/Herv. i.O.).

15 Die Werke zur neuen Wissensproduktion führten zu einigen Diskussionen und wurden vielfältig kritisiert (vgl. bspw. Godin 1994; Fuller 2000). Für einen Überblick der wissenschaftlichen Rezeption vgl. insbesondere Hessels und van Lente (2008).

Vor dem Hintergrund von Pestres Kritik und von Irwins Ergebnissen zeigt sich, dass der konstatierte Vertrauensverlust oder Vertrauenskrise eine bestimmte Problematisierung von bestimmten Akteuren und Akteurinnen ist, die mit bestimmten Lösungen einhergeht. Mit der Problematisierung Vertrauensverlust scheint es nicht mehr notwendig, über die Kritiken und Alternativen, wie die der *Science du Peuple* sprechen zu müssen. Auch kann die gesellschaftliche Verantwortung, der sich die Wissenschaft stellt, wie Nowotny et al. den Modus 2 charakterisieren, selbst als umstrittenes Konzept verstanden werden: So hält Giscard d'Estaing es bspw. für notwendig, Verantwortung für die Wissenschaft zu übernehmen; wissenschaftskritische Akteure und Akteurinnen wiederum kritisieren die Verantwortung des MURS als Teil eines neuen technokratischen Diskurses.

Was sich in meinem Untersuchungskontext abzeichnet, ist, dass sich in Form des MURS ein kollektives Konzept von Verantwortung durchsetzt. Diese kollektive Verantwortung besteht in der Pflicht über Wohltaten und Risiken wissenschaftlicher Entwicklungen für die Menschheit zu reflektieren. Es geht also nicht, wie bspw. von der US-amerikanischen *new critical science movement* gefordert, um ein Konzept von Verantwortung, das mit einer Elitekritik einhergeht, sowie mit einem Zusammenschluss mit Nicht-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftlern wie Armen, Unterdrückten, Arbeiterinnen und Arbeitern. Am MURS teilnehmen sollen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie Interessierte, d.h. Menschen mit einem Interesse an wissenschaftlichen Entwicklungen und mit einem Interesse an der Diskussion über die Wohltaten und Risiken dieser Entwicklungen. Es geht nicht um eine Wissenschaft, die einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel will: Von der US-amerikanischen *new critical science movement* wird nicht eine neue Form der Evaluation zur Sicherung wissenschaftlicher und technologischer Entwicklungen gefordert, sondern ein »radical change in society« (Beckwith 1970: 226). Mit dem MURS erscheint ein Konzept von Verantwortung, das im Kontrast zum Konzept von Verantwortung im US-amerikanischen wissenschaftskritischen Diskurs nicht die Thematisierung der Frage beinhaltet, wer über Forschungsrichtungen und die Anwendung von Wissenschaft entscheidet. Im französischen Diskurs ist es neu, auch im wissenschaftskritischen. Eine vordergründige Rolle spielt hier nicht die Frage der Verantwortung, sondern Technokratiekritik und die Wiederaneignung von Wissen.

In dieser Zeit sind gerade wissenschafts- und medizinkritische Diskurse aktuell, insbesondere die Kritik an Technokratie. Wissenschaftlicher und technologischer Fortschritt in Frankreich wird nun staatspolitisch nicht mehr als Kernelement nationaler Entwicklungsfähigkeit betrachtet. Vor diesem Hintergrund gesehen, kann die Tagung als Versuch verstanden werden, wissenschaftliche Expertise in ein positives Licht zu stellen. Ihr wird eine umfassende Lösungskompetenz zuge-

schrieben, nicht allein für nationale Probleme, sondern auch für Probleme, die die Menschheit betreffen. Neu ist, dass sowohl mit der Tagung als auch mit dem MURS eine Öffnung im Hinblick auf die Diskussion von Implikationen wissenschaftlicher Entwicklungen für die Gesellschaft stattfindet – die Diskussion ist nicht mehr allein innerwissenschaftlich, wie dies auf der Asilomar-Konferenz der Fall ist. Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Politik und NGOs zeigen öffentlich Verantwortung. Allerdings ist dies eine Form von Verantwortung, die darauf basiert, in einer Reflexionsgruppe technische Risiken zu evaluieren.

Während im linearen Modell wissenschaftliche Entwicklungen per se Fortschritt, ökonomisches Wachstum und Allgemeinwohl bedeuten, mit einer Bedeutung auf der unabhängigen, von der Politik getrennten Wissenschaft, gibt es verschiedene Stimmen auf der Tagung, die sich gegen eine von der Politik getrennte Wissenschaft aussprechen. Es geht zudem nicht mehr um das Allgemeinwohl einer Gesellschaft oder Nation, sondern um Wohltaten und übergreifend um das Überleben der Menschheit und des Planeten Erde. Allgemeinwohl bzw. Wohltaten entstehen allerdings nicht mehr per se aus der Wissenschaft, sondern aus der unabhängigen wissenschaftlichen Reflexion. Inhalt der Reflexion ist, wie letztlich auch im Abschlussdokument der Asilomar-Konferenz, die Bewertung von technischen Risiken. Sowohl im Kontext von Asilomar in Form der Risikobewertung von Versuchen mit rDNA-Technologie als auch im Kontext der Tagung an der Sorbonne in Form des MURS wird ein permanentes Instrumentarium zur Reflexion und zur Stimulierung einer Reflexion in der Öffentlichkeit eingerichtet. Im Kontrast zum Abschlussdokument der Asilomar-Konferenz, das eine Individualisierung der Verantwortung beinhaltet, eine Verantwortung, die der Forscher oder die Forscherin trägt, gibt es in der Konzeption des MURS zudem eine kollektive Verantwortung: »The consciousness of individual and collective responsibility will draw together the participants of the ›Movement‹« (Mallet 1976c: 542/Herv. i.O.).

Die Idee der Reflexion oder einer Reflexionsgruppe taucht nicht allein im Kontext des MURS auf, sondern ein weiteres Mal wenige Jahre später im Jahr 1979 in einem Bericht, den der damalige Staatspräsident Giscard d'Estaing in Auftrag gibt. Es ist nicht allein die Idee einer Reflexionsgruppe, die aufkommt, sondern darüber hinaus die Idee des Dialogs mit der Gesellschaft. Allerdings sind diese Reflexion und der Dialog nicht mit Verantwortung verknüpft, sondern mit Ethik.